

- 8. SEP



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

2/XV/205 - 8. September 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0836890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Vor einer neuen Preiswelle</u> Die Ohnmacht unseres Bundeswirtschaftsministers	44
2 - 3	<u>Österreichs Neutralität</u> Truppen für die Vereinten Nationen? Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	66
4	<u>Jugoslawisch-griechische Verstimmung</u> Mazedonien - wieder ein Zenkapfel Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher	43
5 - 6	<u>Verstrickung und Schuld</u> Zum Tode von Wilhelm Pieck Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD	55
	<u>Bittsteller Seetohm</u> Bereicherung für die CDU?	18
7 - 8	<u>Nochmals: Diplomatie und Entwicklungshilfe</u> Eine kritische Zuschrift von Hellmut Kalbitzer, MdB	50

* * *
* * *

Vor einer neuen Preiswelle

sp - Auf die Bundesrepublikaner rollt eine neue Preiswelle zu. Dafür gibt es viele Anzeichen. Schon jetzt ist der Einkauf für viele Käufer mit Ärger und Mehrausgaben verbunden. Man braucht nicht gerade an den Obst- und Gemüsemarkt zu denken, wo Preissteigerungen bis zu 500 Prozent zu verzeichnen sind - gewisse eine Ausnahmeerscheinung, bedingt durch das schlechte Wetter, aber auch durch eine skrupellose Spekulationssucht. Das Bundesernährungsministerium ist hier von Schuld nicht freizusprechen, denn es versäumte, durch Öffnung von Einfuhrschleusen der voraussehenden Mangellage zu begegnen.

Darmit hat sich der Verbraucher, wenn auch widerwillig abgefunden. Nicht abfinden dürfte er sich mit dem anhaltenden Preisanstieg bei vielen anderen für den Haushalt notwendigen Warengattungen. Ein junges Ehepaar, das einen eigenen Haushalt gründet, sieht sich nun genötigt, viele seiner Wünsche zurückzustellen und auf manches zu verzichten, das zu einem geordneten Familienhaushalt gehört. Schon die ab 1. Juli dieses Jahres eingetretene Mietpreiserhöhung war eine fühlbare Belastung des Einkommens, für die es einen Ausgleich nicht gibt. Beim Möbelkauf erwartet der Käufer eine bittere Enttäuschung, muss er doch jetzt im Durchschnitt sieben bis zehn Prozent mehr ausgeben. Dasselbe trifft auf fast alle Haushaltswaren, wie Nähmaschinen, Öfen und Herde, Beleuchtungskörper und vieles andere zu. So rüstet sich die Schuhindustrie zu einer Heraufsetzung ihrer Preise, trotz billiger Rohstoffe erfolgten beträchtliche Preiserhöhungen für Lederwaren und auch die Textilindustrie bleibt hier nicht zurück; die Verbraucher müssen im Vergleich zum Vorjahr bis zu 15 Prozent mehr für Kleidung und Wäsche ausgeben.

Ein Ende dieser Preisspirale ist nicht abzusehen. Für die Übergroße Mehrzahl der Verbraucher bringt sie neue, kaum tragbare Belastungen und damit ein Element sozialer Unruhe in die äußerlich so glänzend erscheinende Konjunktur. Das gesamte Preisgefüge kommt ins Rutschen und, was die Lage verschlimmert, das Bundeswirtschaftsministerium, statt wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen, beschränkt sich auf beschwörende Deklamationen. Bundeswirtschaftsminister Erhard glaubte kürzlich wieder einmal zum Maßhalten auffordern zu müssen, aber er verschwieg, wen er eigentlich meine. Etwa die Gewerkschaften? Sie haben durch ihre Haltung mehr volkswirtschaftliche Verantwortung bewiesen als die Giganten der Wirtschaft, für die eine Zeit fast unbeschränkter Gewinne angebrochen ist. Niemals waren die Gewerkschaften in einer so günstigen Position wie heute. Sie machen aber um des Ganzen willen weissen Gebrauch von ihrer Stärke, was ihnen sogar die Bundesbank, eine gewisse unparteiische Institution, bestätigte. Das lässt sich leider nicht von denen sagen, die über die wirtschaftliche Macht verfügen. Sie diktieren die Preise und bestrafen jene, die sich solchem Preisdiktat nicht fügen. Hier wäre ein Zwang zum Maßhalten angebracht, aber hier erweist sich auch die Ohnmacht unseres Bundeswirtschaftsministers.

Österreichs Neutralität

Von unseren Korrespondenten in Wien, Karl Franta

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Dag Hammarskjöld, hat dieser Tage an die österreichische Regierung das Ersuchen gerichtet, für die UNO-Truppen im Kongo zwei Einheiten des Bundesheeres zur Verfügung zu stellen, und zwar eine Veterinäreinheit und eine Feldpoststaffel. Österreichs maßgebliche Politiker stehen damit vor einer schweren Gewissensfrage. Die Entsendung österreichischer Soldaten in den weltpolitischen Unruheherd Afrikas wird auch in der Öffentlichkeit lebhaft diskutiert, wobei im Vordergrund der Betrachtungen der Begriff der Neutralität steht.

Inzwischen haben sich der sozialistische Außenminister Dr. Bruno Kreisky, und ÖVP-Verteidigungsminister Ferdinand Graf, darüber verständigt, den Vereinten Nationen grundsätzlich eine Unterstützung bei der Erfüllung ihrer dem Weltfrieden dienenden Aufgaben nicht zu versagen. Die heikle Frage der Truppenentsendung wird jedoch noch geprüft und erst die Bundesregierung wird darüber endgültig zu entscheiden haben. Es ist anzunehmen, daß diese Entscheidung positiv ausfallen wird.

Die Neutralität ist die Grundlage der österreichischen Außenpolitik. Sie wurde von der Sozialistischen Partei bereits in deren Programm vom Oktober 1947 ausdrücklich gefordert. Die beiden Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, stimmen in allen Fragen der Außenpolitik überein. Dem sozialistischen Außenminister Dr. Kreisky steht als Staatssekretär im gleichen Ministerium der Innsbrucker Universitätsprofessor Dr. Franz Gschnitzer, zur Seite.

Die Republik Österreich hat sich durch ein Bundesverfassungsgesetz vom 26. Oktober 1955 "zum Zwecke der dauernden Behauptung ihrer Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit ihres Gebietes aus freien Stücken zur immerwährenden Neutralität" erklärt. Österreich hat sich durch dieses Verfassungsgesetz ausdrücklich verpflichtet, die Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen. In der Regierungserklärung der jetzigen Bundesregierung vom 17. Juli 1959 wurde neuerlich bekräftigt, daß die Neutralität die Richtlinie des außenpolitischen Handelns bildet und daß diese klare und eindeutige Linie beibehalten werde.

In einer soeben im Gewerkschaftsverlag erschienenen Broschüre stellt Außenminister Dr. Kreisky fest, daß "die Neutralitätspolitik in erster Linie die Freiheit von militärischen Allianzen und den sich aus ihnen ergebenden Verpflichtungen beinhaltet, daß sie aber Österreich nicht die Pflicht auferlegt, sich den großen historischen Entwicklungen in Europa entgegenzustellen". Die neutralen Staaten gehörten, wie Kreisky betont, schließlich auch zu Europa. Die Neutralitätspolitik, so heißt es weiter, müsse sich auf den militärischen Bereich beschränken und außerdem zum Ziele haben, "im eigenen geographischen Umkreis keine zusätzlichen Schwierigkeiten entstehen zu lassen."

Österreich ist also gewillt, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Mit den westlichen Nachbarn und mit Jugoslawien gibt es hier glücklicherweise keine Schwierigkeiten, anders ist es aber im Falle der Tschechoslowakei und Ungarns. Insbesondere an der österreichisch-ungarischen Grenze - durch Stacheldrahtverhau und heimatückische Minderfelder: eine wahre Todeszone - kommt es immer wieder zu unliebsamen Zwischenfällen. Erst vor kurzem wurde ein österreichischer Zollwachbeamter auf einem routinemäßigen Patrouillengang von ungarischen Grenzsoldaten beschossen. Nachdem er sich in Sicherheit gebracht hatte, stiegen die Ungarn mit einem eigenen vorfabrizierten Gestell über den tödlichen Grenzstreifen auf österreichisches Gebiet und raubten das vom Zollwachbeamten zurückgelassene Fahrrad, sein Gewehr und seinen Regenmantel. Das alles spielte sich sechzig Kilometer von Wien entfernt ab.

Was nun das Bundesheer betrifft, ist vorgesehen, daß es lediglich rein defensive Aufgaben erfüllt und gegebenenfalls in Katastrophenfällen zur Hilfeleistung eingesetzt wird. Eine Mitwirkung bei der UNO-Truppe ist nicht ausdrücklich vorgesehen, steht aber selbstverständlich nicht in Widerspruch mit der Neutralität des Landes.

Angesichts der interkontinentalen und interplanetaren Verbindungsmöglichkeiten der heutigen Zeit kann Österreich keine wirkliche "Brückenfunktion" ausüben, doch immerhin kann es zu einem gelegentlichen Berührungspunkt werden. Die Neutralität ist ein Stück österreichischen Selbstbehauptungswillens. Sie wird um so wirksamer und wertvoller sein, wenn sie die Mitwirkung an der Sicherung des Weltfriedens, wie sie die Organisation der Vereinten Nationen zum Ziele hat, erleichtert.

Jugoslawisch-griechische Verstimmung

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Auf dem lange und sorgsam gepflegten Glanz jugoslawisch-griechischer Zusammenarbeit, die nicht selten von beiden Seiten als vorbildliches Beispiel koexistenzieller Möglichkeit zwischen Ländern mit verschiedenen Gesellschaftssystemen hingestellt worden ist, haben einige Rostflecken angesetzt. Nicht ohne eine sich abzeichnende Vorgeschichte ist die Frage "Mazedonien" zum Gegenstand eines heftigen Pressestreits geworden, wie er in der gleichen Angelegenheit bisher nur zwischen Jugoslawien und Bulgarien in deren schlechtesten Zeiten geführt worden ist.

Mit der Tatsache, daß das mazedonische Volk in den Balkankriegen zu Beginn unseres Jahrhunderts seine politische Selbständigkeit verspielt haben dürfte, scheinen sich nicht nur in den beteiligten Ländern, sondern darüber hinaus die Verfechter des Selbstbestimmungsrechtes der Völker abgefunden zu haben. Dasselbe möchte man auch vom territorialen Status quo mazedonischer Dreiteilung meinen. Trotzdem klingt es gegenwärtig in der griechischen Presse anders: mit dem Vorwurf, Belgrad erhebe Ansprüche auf griechische Teile Mazedoniens, läßt sich die Feststellung lesen, "fast ganz Mazedonien und seine Bevölkerung sind griechisch". In Verbindung damit wird offen an Städte erinnert, die sich gegenwärtig im jugoslawischen Staatsverband befinden.

Trotz dieser "historischen Tatsachen" haben sich griechische kirchliche Kreise erst vor wenigen Monaten gemüßigt gefühlt, der zweifellos bereits weitgehend geglückten Präzisierung der nördlichen Landesteile einen neuen Impuls zu geben. Mußte oder sollte doch die dortige Bevölkerung slawischer Zunge vor Popen und Kreuz Eide schwören, nie mehr die Sprache der griechischen Feinde aus dem Norden zu gebrauchen.

Daß diese Art inoffizieller Minderheitenpolitik, hinter der man wohl nicht ganz unberechtigt die offizielle Duldung durch die griechische Regierung wähte, in Jugoslawien nicht gerade freundliche Reaktionen hervorrufen mußte, ist kaum verwunderlich. Überraschend dabei war höchstens, daß Belgrad in diesem Zusammenhang fast mehr den Bulgaren das Recht streitig machte, sich in diese Angelegenheit einzumischen. Für den Belgrader Beobachter steht fest, daß die jugoslawische Pressepolemik wohl nicht nur wegen des damals noch bevorstehenden Besuches des griechischen Ministerpräsidenten Karamanlis auf Brioni recht zurückhaltend und fair war.

Da gleichfalls kaum anzunehmen ist, offizielle Kreise in Athen trügen sich mit territorial-revisionistischen Hoffnungen, bleibt nur die Folgerung, daß sich hinter der Zankfassade Mazedonien etwas anderes verbirgt, das möglicherweise seine Ursachen in der griechischen Innenpolitik haben könnte. Sollte diese Entwicklung anhalten oder sich gar verschärfen, könnte sie jedoch auch gewichtige Folgen für die außenpolitische Konstellation auf dem Balkan haben.

Verstrickung und Schuld

Von Stephan G. Thomas, Leiter des Ostbüros der SPD

Im Ablauf eines Lebens spiegeln sich manchmal Episoden und Ereignisse der geschichtlichen Entwicklung einer Zeitepoche wider. Der über acht Jahrzehnte währende Lebensweg von Wilhelm Pieck, der 1876 in Guben begonnen wurde und jetzt in Pankow sein Ende gefunden hat, führt über Stationen, bei denen sich der geschichtliche Sinn und Widersinn dieses Jahrhunderts in bezeichnender Weise offenbart. Dabei verliefen die ersten vier Jahrzehnte dieses, wie Rosa Luxemburg einmal feststellte, mit geistigen Gaben nicht sonderlich bedachten, etwas biederen Mannes, in den Bahnen einer unbedeutenden, subalternen Anonymität. Erst der Weltkrieg, die Revolution und die tragische Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung liessen Pieck seine eigenen Pfade gehen. Er gehört zu den Gründern der nach sowjetischem Vorbild geschaffenen KPD. Er bleibt einer der Wenigen, die in den darauffolgenden vier Jahrzehnten alle Irrungen und Wirrungen überdauern, die stalinistische Terrororgie der Jahre 1936-1938 überleben, um im Sumpf der kommunistischen Intrigen und Machtkämpfe schliesslich zu höchsten Positionen aufzusteigen.

Wenn es stimmt, was informierte Chronisten zu berichten wissen, dass bei Pieck trotz der erwiesenen Rücksichtslosigkeit in den brutalen Machtkämpfen der Kommunisten untereinander manchmal auch andere menschliche Wesenszüge sichtbar wurden, dann kann es auch stimmen, dass er in den späteren Jahren gegen das Lebensende manchmal sich an jene tragischen Episoden erinnerte, in die er hineingestellt wurde. Die Frage nach der Schuld oder Verstrickung wird erst von der Geschichte beantwortet werden. Wir meinen die Rolle von Wilhelm Pieck bei der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die Rolle von Wilhelm Pieck bei der Ermordung Thälmanns durch die Nazis, und wir meinen die Rolle von Wilhelm Pieck bei der Liquidierung vieler kommunistischer Weggenossen in der Moskauer Emigration, die dort skrupellos dem Erschiessungskommando der KPD ausgeliefert wurden.

Bei den kommunistischen Grabreden und Trauerfeiern werden diese geschichtlichen Tatsachen aus dem Leben von Wilhelm Pieck durch Legenden zur Mäze umgedeutet. Doch wir sagten es bereits: Die Frage nach der geschichtlichen Schuld und der persönlichen Verstrickung wird einmal in Deutschland gestellt und der Wahrheit gemäss beantwortet werden. Vor dem Tribunal der Geschichte wird so auch der Lebensweg von Wilhelm Pieck

gemessen werden, ein Weg, der aufs engste verknüpft ist mit der verhängnisvollen Entwicklung des Kommunismus in Deutschland und der auch verknüpft ist mit dem unmenschlichen Pankower Regime nach 1945.

Im letzten Lebensabschnitt nach 1945 hat Pieck nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt. Stalin hat ihn als "alten Grossvater" bezeichnet, der "zu nichts mehr taugt, als den Leuten freundschaftlich auf die Schulter zu klopfen". So vom obersten Herrn charakterisiert, hat er nur als Sallionsfigur das Ulbricht-Regime zu repräsentieren versucht. Denn es ist Ulbricht, der es nach 1945 schafft, seinen Weggenossen Pieck zu überspielen und die verhängnisvolle Rolle eines Provokateurs in Deutschland zu übernehmen. Pieck soll, so wird berichtet, in den letzten Jahren seines Lebens manchmal versucht haben, die schlimmsten Machtexzesse Ulbrichts und seiner Schergen zu mildern. Die Terrorurteile der sowjetischen Tribunale sollen den alten Mann manchmal auch zu Vorstellungen bei den sowjetischen Machthabern veranlasst haben. Wir wollen bei dieser Bekundung menschlich verzeihender Regungen am Ende eines wechselvollen Lebens jedoch nicht vergessen, dass dieses Leben im Dienste eines unmenschlichen totalitären Machtregimes gelebt wurde, und dass dieses von fremden Vorbildern abgeleitete Regime in einem Teil unseres Vaterlandes immer noch herrscht, mit dem Anspruch, eines Tages ganz Deutschland beherrschen zu wollen.

+ + +

Bittsteller Seeböhm

sp - Bundesverkehrsminister Seeböhm, einst wortgewaltiger Mitbegründer der Deutschen Partei, Sonntagsredner mit hervorragender Begabung für falschen Zungenschlag und Redeentgleisungen, will nun nach seinem Austritt aus der DP seine politische Heimatlosigkeit beenden. Zunächst hatte er sich um Aufnahme bei der bayerischen CSU beworben. Diese scheint kühl abgewinkt zu haben, vielleicht hatte sie auch keinen Bundestagswahlkreis an Seeböhm zu vergeben. Wird er nun beim Braunschweiger Kreisverband der CDU, bei dem jetzt ein Gesuch um Aufnahme vorliegt, mehr vom Glück begünstigt sein? Es heisst, Seeböhm wolle wieder in die niedersächsische Landespolitik einsteigen mit der Hoffnung auf die Ministerpräsidentschaft. Der Ehrgeiz dieses Mannes geht weit, aber auch seine politische Bedenkenlosigkeit. Unvergesslich bleibt sein Ausspruch, er verneige sich vor jedem Symbol (als auch vor dem Hakenkreuz!), unter dem Deutsche gefallen sind. Seine ausserpolitischen Ansichten orientieren sich an einem überholten Nationalismus. Als Koalitionspartner war er für die CDU unentbehrlich, als Mitglied dürfte er manchen CDU-Kreisen nicht gerade willkommen sein. Oder macht sich die CDU die politisch-scurrilen Auffassungen Seeböhms nun zu eigen?

+ + +

Nochmals: Diplomatie und Entwicklungshilfe

Eine kritische Zuschrift von Hellmut Kalbitzer, MdB

Vorbemerkung der Redaktion:

Zu dem im Pressedienst vom 2. September 1960 erschienenen Artikel "Diplomatie und Entwicklungshilfe", erhielten wir von Hellmut Kalbitzer, MdB, folgende Zuschrift, der wir gern Raum geben.

Ihr Artikel "Diplomatie und Entwicklungshilfe" setzt die Sonde der Kritik, nach meiner Kenntnis der Dinge, an falschen Stellen an. Als Sprecher der Opposition zu diesem Thema kurz vor den Parlamentsferien, hatte ich nicht den Eindruck, dass der Leiter des Referats "Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern" seine Aufgabe im hin- und herreichen von Akten sah. Im Gegenteil, der Mann ist voller Initiative und ein Kenner der Materie. Ein Referatswechsel, wie sie behaupten, ist inzwischen nicht eingetreten.

Auch die Behauptung, die deutschen Vertretungen in den Entwicklungsländern würden seitens des Auswärtigen Amtes mit typischen alten Herren besetzt, erscheint fragwürdig. Zu dem Generationenproblem würde ich sagen, es gibt eben junge und alte Esel, und zwar in jedem Beruf. Jedenfalls kenne ich ungeeignete junge Leute und sehr befähigte alte Herren, wie natürlich auch umgekehrt, auf diesen Posten. Ich würde es ablehnen, den Befähigungsnachweis für die bundesdeutschen Diplomaten von der Beliebtheit bei der deutschen Großindustrie abhängig zu machen! Die deutschen Interessen sind nicht mit der Großindustrie identisch, jedenfalls werde ich weiterhin die Versuche der Identifizierung bekämpfen.

Ihre Feststellung "eine möglichst weitgehende Reform der Entwicklungshilfe" sei nötig, hat, trotz der obigen Berichtigungen, meine volle Unterstützung. Das Unbefriedigende, an der bisherigen Politik gegenüber den Entwicklungsländern, liegt nicht an dem "Versagen" eines

Referatsleiters im Range eines Vortragenden Legationsrats, mit viel gutem Willen und wenig Vollmachten, sondern an der mangelnden politischen Konzeption und Führung auf diesem Gebiet. Hierfür nannte ich bereits im Bundestag ein Beispiel: Alle Bundesministerien (einschließlich Familienministerium) bis auf eines befassen sich heute mit Entwicklungspolitik! Da kann sich der Legationsrat auf den Kopf stellen, das wäre nur durch einen Kabinettsbeschluss zu ändern. Ausserdem, erlauben Sie mir das hinzuzufügen, befassen sich noch der Herr Bundespräsident, der Herr Bundestagspräsident und, soviel man hört, auch noch ungefähr alle Länderregierungen mit dieser Frage. (Die Länderregierungen wohl, nachdem Hessen tatsächlich schon vor Jahren und von sich aus mit Ghana zusammenarbeitete.)

Diese ganze hektische Betriebsamkeit hat bisher nur ein Mäuslein geboren: Im nächsten Bundeshaushalt sollen 100 Millionen DM für die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern in Asien, Afrika und Lateinamerika bereitgestellt werden. Diese 100 Millionen DM wären eine ansehnliche Summe, wenn ausserdem von deutscher Seite jährlich etwa 3 Milliarden DM langfristig Kapitalkredite in die Entwicklungsländer gegeben würden. Dieser hohe Kapitalexport wie ich ihn im Bundestag forderte, ist die Voraussetzung für die allmähliche Überwindung des Massenelends im grössten Teil der Erde. Die Regierung hat diese Forderung nicht bestritten und viele große Worte für die Entwicklungsländer gebraucht, aber keine ausreichende Initiative erkennen lassen.

Wäre es mit der Auswechslung eines Referatsleiters getan, nichts wäre einfacher als das. Hier aber muss eine Regierung ausgewechselt werden.

+ + +

Verantwortlich: I.V. Albert Exler